

DIE ZEIT – Deutsch nach Vorschrift

Drieschner

DIE ZEIT

43/2004

Deutsch nach Vorschrift

Ein Hamburger Jugendamt sorgt in Polen für Empörung: Ein Einwanderer soll mit seinen Töchtern unter Aufsicht deutsch sprechen

Von Frank Drieschner

Hamburg

Dies ist eine Geschichte über Deutschland und Polen, sie hat einen deutschen und einen polnischen Teil. Den polnischen Teil kennen inzwischen Hunderttausende von Polen, vor allem die Leser antideutscher Massenblätter wie des Magazins *Wprost*; er beschäftigte das polnische Außenministerium und das hiesige Generalkonsulat. Den deutschen Teil kennt fast niemand.

Am 24. November vergangenen Jahres erscheint auf dem Jugendamt des Hamburger Stadtteils Bergedorf ein Mann Mitte 30, der fließend Deutsch spricht, wenn auch mit Akzent. Er will sich beschweren, es geht um seine Kinder. Seine Frau ist aus der gemeinsamen Wohnung ausgezogen und hat ihre beiden Töchter mitgenommen. Ein Familiengericht hat ihm zugestanden, die Kinder gelegentlich für ein paar Stunden zu treffen, in Anwesenheit einer Sozialarbeiterin. Die aber verlangt, dass das Gespräch auf Deutsch geführt werde. Das will der Mann nicht hinnehmen.

Aus »fachlich–pädagogischer Sicht« wird Polnisch nicht befürwortet

Für das Jugendamt liegt der Fall klar. Ein Vater, getrennt und gewalttätig, wenn man der Mutter glauben darf, macht Schwierigkeiten. Er könnte mit seinen Kindern deutsch reden, es geht ja nur um wenige Begegnungen, die unter Aufsicht stattfinden sollen. Ein Querulant.

»Ich weiß nicht, was Sie wollen«, sagt der Beamte. Hier beginnt der polnische Teil der Geschichte.

Wojciech P. ist elf Jahre alt, als Jaruzelski in Polen das Kriegsrecht verhängt. Sein Vater verschwindet als örtlicher *Solidarno*–Führer im Gefängnis, er selbst, noch ein Junge, verteilt Flugblätter und schreibt nachts Parolen auf die Straßen. Der Traum von einem freien Polen begleitet ihn durch seine Jugend, die Symbole des Landes sind ihm seither heilig. Immer wieder reißt ihm die Lehrerin sein *Solidarno*–Abzeichen von der Brust, den polnischen Adler mit der Krone, die den Kommunisten verhasst ist.

P. geht ins Exil, nach Berlin, er jobbt und nimmt nach dem Fall der Mauer ein Fernstudium in Polen auf: Deutsche Literatur. Er heiratet, aber die Ehe misslingt. P. schlägt seine Frau und wird womöglich auch geschlagen. »Wir streiten uns immer mehr, und zwar so, dass wir uns schon schlagen«, schreibt sie einmal. Dennoch bekommt das Paar zwei Töchter. Sieben und vier Jahre sind sie inzwischen alt. P. verfasst Zeitungsartikel über den deutschen Umgang mit der hiesigen polnischen Minderheit und über bilinguale Erziehung in bikulturellen Ehen. Mit seinen Kindern spricht er ausschließlich polnisch.

Jetzt auf eine Anordnung hin die Umgangssprache zu wechseln, sagt er, »das kann ich nicht. So eine Erniedrigung ist das für mich, so eine Verletzung der Würde. Dann lieber gar nicht.«

Kann man einem solchen Mann abnehmen, dass es ihm nur um das Wohl seiner Kinder zu tun sei?

Andererseits: Kann man das der Behörde abnehmen? »Aus pädagogisch–fachlicher Sicht«, teilt die Amtsleiterin mit, sei es »im Interesse der Kinder nicht nachvollziehbar, dass die Zeit des begleiteten Umgangs in polnischer Sprache erfolgen soll. Für die Kinder kann die Förderung in der deutschen Sprache nur vorteilhaft sein, da diese in diesem Land aufwachsen, hier die Schulen besuchen oder besuchen werden.«

Natürlich ist das Unfug. Kinder, die fließend Deutsch sprechen, verlernen das nicht durch kurze Gespräche in einer anderen Sprache. Und jeder Ratgeber für zweisprachige Familien empfiehlt beiden Eltern, sich im Umgang mit ihren Kindern ihrer jeweiligen Muttersprache zu bedienen. Es half P. nicht, dass zwei Psychologinnen des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften sich für ihn einsetzten. Beim Jugendamt, sagt P., »haben sie in mir bloß den Polacken gesehen«.

Die Begründung, mit der P.s Widerspruch zurückgewiesen wurde, ist womöglich noch bizarrer als die Entscheidung selbst: Da das Familiengericht nicht festgelegt habe, in welcher Sprache der Pole mit seinen Töchtern reden solle, müsse »der für die Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnende Normalfall gelten« eine andere Regelung zu treffen liege nicht im Ermessen des Jugendamts.

Diese Sicht der Dinge ist um so erstaunlicher, als Deutschland 1991 mit Polen einen Vertrag über »gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit« geschlossen und sich darin verpflichtet hat, die »sprachliche Identität« der Polen in Deutschland zu schützen und ihnen den Gebrauch des Polnischen im Umgang mit Behörden nach Möglichkeit zu gestatten.

Kein Wunder also, dass der Fall in Polen ein gewisses Aufsehen verursacht. *Polnisch verboten*, titelte *Wprost* auf Deutsch, so viel Sprachkenntnisse kann man in Polen voraussetzen. Das Magazin warf die Frage auf, wie es wohl wäre, wenn den Angehörigen der deutschen Minderheit in Schlesien verboten würde, mit ihren Kindern deutsch zu reden? Übermäßiges Verständnis für die Probleme einer deutschen Behörde kann man der Redaktion nicht vorwerfen. Dass es in diesem Fall um Gewalt in der Ehe und um einen Gerichtsbeschluss geht, der die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen Vater und Töchtern unter behördlicher Aufsicht betrifft, all diese Details hätten die polnischen Leser offenbar nur unnötig verwirrt. Dafür hilft das Magazin ihnen bei der politischen Einordnung der Vorgänge. »Eine neue Form von Lebensborn« sei dies, schreibt das Blatt, angeblich P. zitierend, der freilich versichert, das nie gesagt zu haben.

Ein Fall von Zwangsgermanisierung? Polens Presse ist da sehr wachsam

Deutschland auf dem Weg zurück ins »Dritte Reich«? Inzwischen hat sich das polnische Außenministerium des Falls angenommen, im Generalkonsulat hofft man, das Bergedorfer Jugendamt doch noch zur Einsicht in die Rechte nationaler Minderheiten bewegen zu können, während P. auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg setzt. Vor einem deutschen Gericht, glaubt er, werde er nie Recht bekommen.

Seine Töchter hat Wojciech P. seit nunmehr 15 Monaten nicht mehr gesehen. Um ihre beiden Meerschweinchen kümmert er sich noch immer. Sie tragen polnische Namen.